

2,4 Millionen für Klage im «Bilderfall»

Regierung beantragt Verpflichtungskredit und Nachtragskredit beim Landtag

Die Regierung unterbreitet dem Landtag den Bericht und Antrag zu einem Verpflichtungs- und Nachtragskredit im Zusammenhang mit der von Liechtenstein beim Internationalen Gerichtshof (IGH) eingereichten Klage gegen Deutschland im sogenannten «Bilderfall».

Im Bericht und Antrag werden die bisherigen Verfahrensschritte und die dafür angefallenen Kosten dargestellt. Eine Budgetplanung für die Jahre 2002 bis 2004 bildet die Grundlage für die Beantragung eines Verpflichtungskredits in der Höhe von 2,4 Millionen Franken. Vom beantragten Verpflichtungskredit entfällt ein Kostenanteil von 860 000 Franken auf Zahlungsfälligkeiten der laufenden Rechnungsperiode. Da der Voranschlag für das Jahr 2002 keinen speziellen Kredit für den IGH-Fall aufweist, werden die mutmasslichen Ausgaben für dieses Jahr als Nachtragskredit zur Genehmigung beantragt. Auf diese Weise kann auch die angestrebte Kostentransparenz verbessert werden.



Aufmerksam verfolgt Dr. Alexander Goepfert (links) das Verladen von insgesamt 50 Kartons des Memorials. Ganze Aktenberge werden im Verfahren zur Klärung des «Bilderfalls» herangezogen.

Die Regierung hatte am 1. Juni 2001 gegen Deutschland Klage beim IGH in Den Haag eingereicht. Der Gerichtshof soll feststellen, dass Deutschland die Souveränität und Neutralität Liechtensteins missachtet und die Eigentumsrechte seiner Staatsangehörigen verletzt. Deutschland soll verpflichtet werden, liechtensteinisches Auslandsvermögen nicht als deutsches Auslandsvermögen zu behandeln, das zur Begleichung deutscher Kriegsschulden herangezogen werden darf. Damit soll künftigen Verletzungen der Vermögensrechte liechtensteinischer Staatsangehöriger und Unternehmen begegnet werden. (paf)

Zollamt Mauren-Hub/Tosters gesperrt

MAUREN: Die Strasse Mauren - Feldkirch ist wegen Bauarbeiten an der Landstrasse L 61, Tostner Strasse, Tosters, vom 2. April bis 2. August 2002 für den gesamten Verkehr gesperrt. (paf)

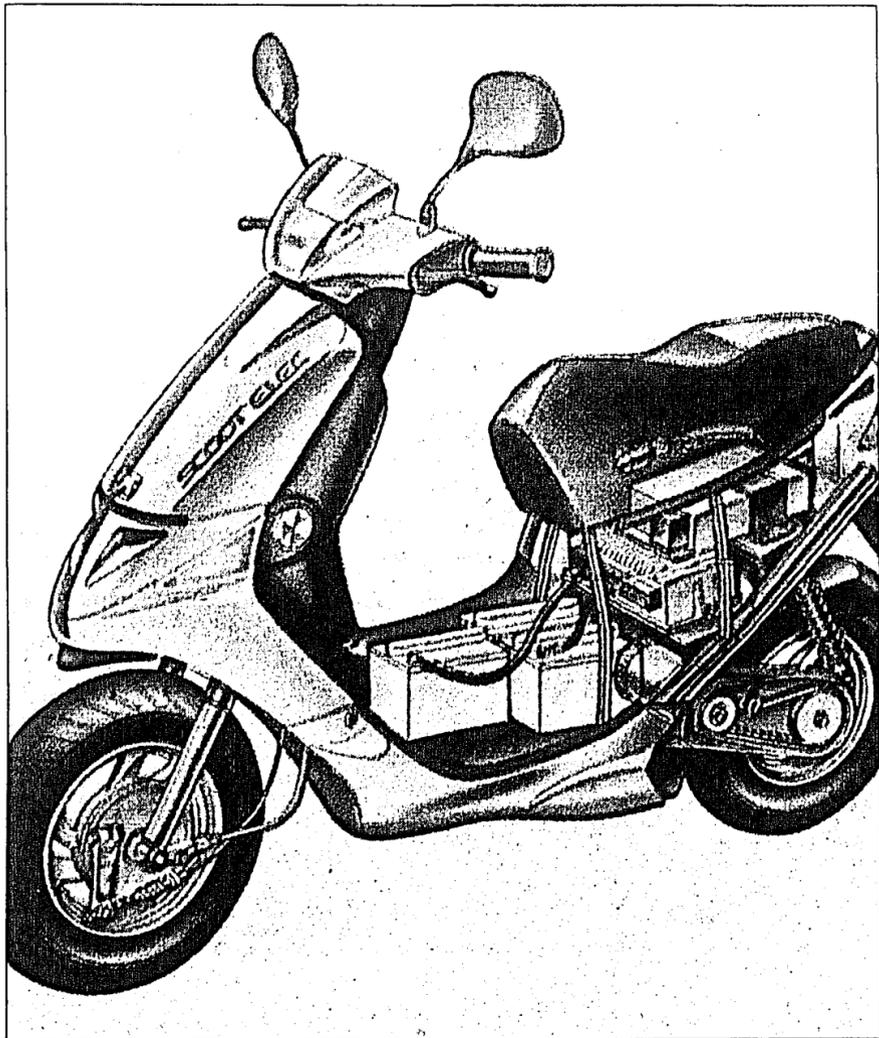
E-Bikes und -scooter: Testpiloten gesucht!

Testgelegenheit für «Mobilität aus der Steckdose» am 27. April

Anlässlich der April-Session des Landtages wird die Subventionierung von Elektrofahrrädern und -scootern in zweiter Lesung beraten. Um das Projekt der Bevölkerung näher vorzustellen, wird das Ressort Verkehr und Kommunikation am Samstag, den 27. April beim Regierungsgebäude einen Testtag organisieren.

Scooter und Fahrräder unterschiedlicher Hersteller, die mit Strom aus der Steckdose betrieben werden, können auf Herz und Nieren geprüft werden. Testfahrten mit den einzelnen Zweirädern sind selbstverständlich. Mit der Subventionierung von Elektrofahrrädern und -scootern möchte die Regierung einen Beitrag zur Förderung umweltbewusster Mobilität leisten.

Ziel des Testtages am Samstag, den 27. April ist, der Bevölkerung die Möglichkeiten von Elektrofahrrädern und -scootern aufzuzeigen. Bis anhin wurde diese Art der individuellen Fortbewegung nur von wenigen Menschen in Liechtenstein benutzt. Die Vorteile von Elektrofahrrädern und -scootern liegen auf der Hand: Mobilität kann aus der Steckdose bezogen werden, eine «Tankfüllung» kostet lediglich 10 Rappen. Während sich Jugendliche vor allem für die flinken Scooter interessieren werden, werden aber auch genügend verschiedene Elektrofahrräder zu Testfahrten bereit stehen. Die Bewerbung des attraktiven Testtages am 27. April vor dem Regierungsgebäude in Vaduz wird über die Landesmedien erfolgen. (paf)



Am Samstag, den 27. April werden anlässlich eines Testtages die Möglichkeiten von Elektrofahrrädern und -scootern aufgezeigt.

Effektiver Schutz in Notfällen

Rettungsorganisationen: Direktbetroffene reden ein Wort mit



Moderator Michael Biedermann leitet den Informationsnachmittag für Vertreter der Rettungsorganisationen.

Wie kann die Bevölkerung vor einem Erdbeben, einem Sturm, einem Strahlen- oder Chemieereignis und dessen Auswirkungen wirkungsvoll geschützt werden? Unter der Leitung des Amtes für Zivilschutz und Landesversorgung nimmt sich eine von der Regierung eingesetzte Projektgruppe diesem Thema an. Unter dem Arbeitstitel «Schutz im Haus (S.I.H.)» ist ein ehrgeiziges, ja visionäres Projekt in Arbeit.

Mittels einer Computersoftware sollen sämtliche Gebäude des Fürstentums Liechtenstein elektronisch erfasst werden. Diese Erfassung beinhaltet verschiedenste Gebäudedaten. Auf dieser Basis können die Rettungsorganisationen des Landes schneller, kompetenter und wirkungsvoller reagieren. Projektziel ist es, bis ins Jahr 2010, 100 Prozent der Bevölkerung geeigneten Schutz vor den eingangs erwähnten Ereignissen anzubieten.

Die Betroffenen zu Beteiligten machen

Unter diesem Motto fand am Mittwoch, den 27. März im Feuerwehrdepot Eschen eine Informati-

onsveranstaltung für die Rettungsorganisationen statt. Sie wurden über die Projektziele, das Vorgehen sowie den konkreten Nutzen informiert.

Im Anschluss daran hatten die Teilnehmer die Möglichkeit, auf einem Fragebogen ihre Meinung zur Beurteilung der Ereignisse, zum Nutzen des Projektes S.I.H., zur Beurteilung des Bevölkerungswissens sowie zur Erwartungshaltung der Rettungsorganisationen an den Staat auszudrücken.

Transparenz ist für die Akzeptanz wichtig

Dies ist bereits die zweite Informationsveranstaltung, zu der das Projektteam einlädt. Bereits am Freitag, den 15. März fand an gleicher Stelle eine Projektpräsentation für die Zivilschutzvertreter des Landes statt. Diese befragten zur Zeit im Auftrag des Amtes für Zivilschutz und Landesversorgung die Bevölkerung zu verschiedenen Aspekten des Projektes. Mitte Mai wird über die Resultate der verschiedenen Befragungen informiert. (paf)